

# **Zur Zerschlagung der politischen Opposition in Speyer während der NS-Zeit – ein Überblick am Beispiel der Arbeiterbewegung<sup>1</sup>**

Klaus J. Becker

## **Vorbemerkung**

Nachfolgender Beitrag beschäftigt sich mit dem Ausschluss der organisierten politischen Opposition aus der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ ab dem 30. Januar 1933. Schwerpunkt der Darstellung wird dabei die Rolle der Arbeiterbewegung Speyers vor und nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten sein. Untersucht wird im Folgenden insbesondere die Frage, ob und wie sehr Sozialdemokraten und Kommunisten das Angebot der NSDAP zur Teilhabe bei ihrem Verständnis vom Dienst am Volke annahmen, in der Diktatur ausharrten, oder den Weg der konsequenten Verweigerung gingen.<sup>2</sup>

## **Einleitung**

Für Wolfgang Abendroth stellte die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung eine ideologiekritisch-historische Analyse dar, welche diese als „im Grunde gar nichts anderes als die Geschichte der Produktion und Reproduktion von Klassenbewusstsein, seiner Entfaltung und seiner Rückschläge [begrift]“.<sup>3</sup> Ein solches Unterfangen muss notwendigerweise eine „Geschichte von unten“ darstellen, welche das Verhalten der Parteibasis erforscht: „In Wirklichkeit sind ja die Darstellungen von bürgerlichen Historikern und die selbstbestätigenden Parteilegenden der verschiedenen Kommunistischen Parteien nur zwei Seiten ein und derselben Medaille: Sie alle gehen an der Realität vorbei, weil sie immer nur vom Standpunkt der Spitzenfunktionäre ausgehen, nie aber die Basis analysieren.“<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Der Autor dankt dem akademischen Nachwuchs, der sich im Rahmen seiner Praktika im Stadtarchiv Ludwigshafen am Austausch über die hier vorgestellten Forschungsergebnisse beteiligte – Philippe Haller ist hier besonders zu erwähnen.

<sup>2</sup> Bajohr, Frank: Walter Ulbricht und Herbert Wehner, oder: „Arbeiterklasse“ und „Volksgemeinschaft“. Rückblick und Ausblick. In: ‚Volksgemeinschaft‘: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im ‚Dritten Reich‘? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte. Hg. von Detlef Schmiechen-Ackermann. Paderborn u.a. 2012, S. 367-372, hier S. 372.

<sup>3</sup> Abendroth, Wolfgang: Zur Auseinandersetzung um das Verhältnis von Spontaneität und Organisationsentwicklung in der Geschichte der Arbeiterbewegung. In: Das Argument 106 (1978), S. 222.

<sup>4</sup> Abendroth, Wolfgang: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich/Joachim Perels. Frankfurt am Main 1976, S. 73.

Diese Fallstudie zur Arbeiterbewegung in Speyer soll sich deshalb exemplarisch mit jener Gruppierung beschäftigen, die „die einzige große Widerstandsbewegung der ersten Stunde des Dritten Reiches [war]“.<sup>5</sup> Dabei werden unter dem Begriff der Arbeiterbewegung neben den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen auch Bildungs-, Wohlfahrts-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen abgehandelt.<sup>6</sup> Neben der Klassenlage und Positionierung in der Gesamtgesellschaft bot die Arbeiterbewegung durch jene Einrichtungen und Traditionen das Angebot einer „Einheit des proletarischen Lebenszusammenhangs“<sup>7</sup> an. Dieser Erfahrungshorizont konstituierte „das für die Arbeiter gemeinsame, sie von anderen Teilen der Gesellschaft unterscheidende Spezifikum“.<sup>8</sup> Das Produkt dessen bezeichnete Günther Roth als eine „negative Integration“.<sup>9</sup> Hierauf aufbauend folgerte M. Rainer Lepsius, dass diese ‚negative Integration‘ die Arbeiterschaft zwar in sich strukturieren würde, „ohne sie doch in die Gesamtgesellschaft zu integrieren“.<sup>10</sup>

Ob nach der gewaltsamen Zerschlagung des eigenen Organisationszusammenhangs für die Arbeiterbewegung noch eine Integration in die NS-„Volksgemeinschaft“ vorstellbar war, wurde anhand eines umfangreichen Quellenvergleichs untersucht. Neben der einschlägigen Literatur wurden insbesondere die in Speyer verbreiteten Printmedien der Arbeiterbewegung, der katholischen und bürgerlichen Opposition aber zwangsläufig auch die der NSDAP dazu herangezogen; darüber hinaus vergleichend die im Stadtarchiv Ludwigshafen (Y 1) befindliche Sammlung von Hermann W. Morweiser („Antifa-Archiv Ludwigshafen“) zum Arbeiterwiderstand sowie korrespondierend dazu staatliches Schriftgut in den einschlägigen Archiven Speyers. Darüber hinaus verfügt der Autor aufgrund seines eigenen Forschungsschwerpunktes über ein umfangreiches Privatarchiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Pfalz, das als Depositum (Y 4) im Stadtarchiv Ludwigshafen zugänglich ist.

## **Die Arbeiterbewegung in Speyer – Zwischen Anpassung und Verfolgung**

---

<sup>5</sup> Abendroth, Wolfgang: Historische Funktion und Umfang des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen das Dritte Reich. In: Wolfgang Abendroth. Die Aktualität der Arbeiterbewegung. Beiträge zu ihrer Theorie und Geschichte. Hg. von Joachim Perels. Westberlin 1985, S. 123.

<sup>6</sup> Lepsius, Mario Rainer: Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze. Göttingen 1993, S. 46f.

<sup>7</sup> Negt, Oskar und Alexander Kluge: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Frankfurt am Main 1972, S. 24.

<sup>8</sup> Kramer, Dieter: Theorien zur historischen Arbeiterkultur. Marburg 1987, S. 148.

<sup>9</sup> Roth, Günther: Social Democrats in Imperial Germany Totowa 1963, S.159- 162.

<sup>10</sup> Lepsius (wie Anm. 6), S. 46.

Bei der Stadtratswahl am 8. Dezember 1929 waren von 30 Mandaten nur zwei an die NSDAP gefallen - neun hingegen an die katholische BVP und acht an die dreifach aufgesplitterte bürgerliche Mitte. Die Arbeiterbewegung zeigte sich genauso gespalten: Allerdings präferierte das Arbeitermilieu mit neun Mandaten für die SPD nun wieder eindeutig den an Reformen orientierten Flügel der Arbeiterbewegung. Der revolutionäre Flügel hatte sich in den vorangegangenen fünf Jahren in internen Fraktionskämpfen<sup>11</sup> zerschossen und bot weder als stalinisierte<sup>12</sup> KPD noch als ultralinken<sup>13</sup> Leninbund<sup>14</sup> eine überzeugende Alternative, so dass jeweils nur einer der Fraktionsvertreter mandatiert worden war. Die nachfolgende Arbeitsgemeinschaft der beiden kommunistischen Stadratsmitglieder wurde seitens der KPD bereits am 8. Juli 1930 aufgekündigt.<sup>15</sup> Dass trotz der nachfolgenden Weltwirtschaftskrise die politischen Verhältnisse in Speyer erstaunlich stabil blieben, veranschaulichen die letzten freien Wahlen zum Reichstag am 6. November 1932: Noch immer lag der politische Katholizismus mit 4.034 Stimmen vor der NSDAP mit 3.983. Die SPD konnte innerhalb des Arbeitermilieus mit 3.694 Stimmen ihre führende Position verteidigen; hingegen hatte die KPD mit 2.539 Wählern das komplette revolutionäre Potential wieder an sich gezogen. Eine Stärkung der Abwehrfront gegen den drohenden Faschismus ermöglichte dies jedoch nicht, da die KPD die SPD als „sozialfaschistischen“ Wegbereiter der NSDAP betrachtete und die SPD die KPD als „rotlackierten“ Zwillingbruder der NSDAP. Das so also aussichtslose Bemühen um eine Einheitsfront zwischen den beiden großen Arbeiterparteien honorierten gerade drei Wähler

---

<sup>11</sup> Becker, Klaus J.: Zwischen ultralinken Parteiopposition und titoistischer Verfehlung. Die pfälzische KPD 1919-1956. In: MHVPf 103 (2005), S. 343- 350.

<sup>12</sup> Bei der ‚Stalinisierung‘ handelt es sich um die innere Wandlung der KPD von einer diskussionsfreudigen und demokratischen Partei zu einer ‚Partei neuen Typus‘ nach dem Vorbild der Stalinschen KPdSU. Dieses Konzept der ‚Stalinisierung‘ wurde von Hermann Weber in die Forschung eingeführt und prägt bis heute maßgeblich die Forschungen zum deutschen Kommunismus. Vgl. Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Band 2. Frankfurt am Main 1969. Fundamental in Frage gestellt wurde dieses Konzept 1996 von Klaus-Michael Mallmann, welcher eine sozialgeschichtliche Studie zu Kommunisten in der Weimarer Republik verfasste und die ‚Monopolstellung‘ des Stalinisierungskonzeptes in Frage stellte. Mallmann, Klaus Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung. Darmstadt 1996. In der jüngsten Forschung wurde das Konzept Webers stärker sozialgeschichtlich und anhand von Biografien überprüft sowie sich auch kritisch mit Mallmanns Thesen auseinandergesetzt. Einen gelungenen Überblick zur Rezeptionsgeschichte von Webers Stalinisierungsthese liefert: Bois, Marcel: Hermann Weber und die Stalinisierung des deutschen Kommunismus. Eine Rezeptionsgeschichte: In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2018), S. 143–162.

<sup>13</sup> Zu diesem Themenkomplex auf Reichsebene vgl. Bois, Marcel: Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung. 2. Auflage. Essen 2016.

<sup>14</sup> Der Leninbund wurde in Bayern bereits Anfang April 1931 verboten; seinen Einfluss in der Arbeiterbewegung Speyers verlor er aber nicht. Er arbeitete umso intensiver unter den Arbeitslosen und den proletarischen Kulturorganisationen. Auch konnte Julius Priefer sein Stadratsmandat weiter wahrnehmen. Zimmermann, Rüdiger: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1978, S. 231.

<sup>15</sup> StaSP 4/ Archivalie.

durch eine Stimmabgabe für die Sozialistische Arbeiterpartei<sup>16</sup>, die sich die gemeinsame Abwehr des Faschismus – wie auch die Speyerer Ultralinken im Leninbund – zum Ziel gesetzt hatte.

Politisch verfeindet und organisatorisch zutiefst gespalten brachen die katastrophalen Folgen allerdings nach dem 30. Januar 1933 über die gesamte Speyerer Arbeiterbewegung herein: Zwar rief die KPD mit einer Flugblattaktion noch in der Nacht zum 31. Januar 1933 zum Generalstreik auf, aber außer der Verhaftung der Flugblattverteiler blieb diese Aktion ohne Folgen.<sup>17</sup> Siegestrunken marschierten hingegen die hiesigen Nationalsozialisten gemeinsam mit dem Stahlhelm am 1. Februar 1933 mit einem Fackelzug durch die Straßen der Stadt. Besonders lange verweilte man im „roten“ Speyer um den Fischmarkt und im Hasenpfehl. Zu kleineren Zusammenstößen kam es aber nur in der Allerheiligenstraße.<sup>18</sup>

Die notwendige gemeinsame Abwehr der zügellosen NS-Angriffe gegen die gesamte Arbeiterbewegung wurde allerdings von den zentralen Leitungen der SPD und insbesondere der KPD weiterhin nicht erkannt: Unbeeindruckt von der Reichstagsauflösung am 1. Februar 1933 und dem Demonstrationsverbot für die KPD ab dem 2. Februar 1933 sprach deren Parteileitung bereits am 3. Februar 1933 wieder von den „Sozialfaschisten“. Entsprechend wurde der von der SPD als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit geforderte „Nichtangriffspakt“ zwischen beiden Parteien von der KPD-Führung abgelehnt und von ihr weiter nur eine „Einheitsfront von unten“ propagiert. So stand die deutsche Arbeiterbewegung der Legalisierung des faschistischen Terrors durch die Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ am 2. Februar 1933 kampfunfähig gegenüber.<sup>19</sup>

Bereits am 3. Februar 1933 erklärte der sozialdemokratische 3. Bürgermeister von Speyer, Karl Spindler, „aus familiären Gründen“ seinen Rücktritt.<sup>20</sup> Zeitgleich wurde durch die Polizeibehörden das Politisieren auf den Straßen und das Zusammenstehen in größeren Gruppen verboten.<sup>21</sup> Eine Demonstration der sozialdemokratischen „Eisernen Front“ durch

---

<sup>16</sup> Zur Geschichte der SAP Drechsler, Hanno: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik. Meisenheim am Glan 1965 (=Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft Band 2).

<sup>17</sup> NSZ Rheinfront. Nr. 27 vom 1.2.1933 („Aus Speyer“).

<sup>18</sup> LASP, H 77/2.

<sup>19</sup> Bahne, Siegfried: Die Kommunistische Partei Deutschlands. In: Das Ende der Parteien 1933. Hg. von Erich Matthias/Rudolf Morsey. Düsseldorf 1984, S. 655-739, hier S. 682.

<sup>20</sup> NSZ Rheinfront. Nr. 28 vom 1.2.1933 („Aus Speyer“).

<sup>21</sup> Ohler, Norbert: Speyer in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, zur Zeit des 2. Weltkriegs und am Beginn des demokratischen Aufbaues. In: Geschichte der Stadt Speyer, Bd. II. Speyer 1982, S. 359-463, hier S. 381.

die Speyerer Innenstadt wurde am 6. Februar 1933 allerdings gestattet.<sup>22</sup> Die Mitglieder der KPD-Bezirksleitung Baden-Pfalz hingegen wurden seit dem 10. Februar 1933 mit Haftbefehl gesucht – trotzdem wurde die Speyerer KPD noch am 14. Februar 1933 von einer Hausdurchsuchungsaktion überrascht und ging dadurch einer größeren Menge von Aufklärungsmaterialien, darunter auch Ausgaben ihrer Stadtzeitung „Rotes Echo“, verlustig.<sup>23</sup> Der SPD ließ man hingegen noch Bewegungsraum: Am 15. Februar 1933 marschierte die „Eiserne Front“ vom Fischmarkt aus für „Freiheit und Volksrechte, gegen Faschismus und Kapitalherrschaft“ durch die Speyerer Innenstadt – unter „starker Polizeibegleitung“.<sup>24</sup> Hauptredner waren der SPD-Bezirksparteisekretär Franz Bögler für die SPD und Stadtrat Julius Priefer für die Speyerer Ultralinken – eine Einheitsfront im Kleinen, die auch musikalisch durch die Teilnahme der Reichsbannerkapelle und der Schalmeikapelle der Ultralinken unterstrichen wurde.<sup>25</sup> Während also eine Einheitsfront im Großen noch immer nicht möglich war, richtete sich der Großaufmarsch der NSDAP am 19. Februar 1933 undifferenziert gegen das ganze Speyerer Arbeitermilieu: „Die Roten waren diesmal ganz merkwürdig zahm“.<sup>26</sup> Angesichts dieser Zuspitzung überrascht doch, dass an der letzten unbehinderten Demonstration der Speyerer Arbeiterbewegung am 22. Februar 1933 sich nur die Sozialdemokraten – wenn auch in großer Zahl – beteiligten.<sup>27</sup> Die Zeichen der Zeit erkannte offensichtlich aber bereits der Speyerer SPD-Vorsitzende Theo Gauweiler, der nachfolgend bereits am 24. Februar 1933 der NSDAP-Gauleitung mitteilte, „dass er als einfacher Soldat bei der Erneuerung mitmachen will“.<sup>28</sup> Am 27. Februar 1933 brannte der Reichstag, was die Nationalsozialisten noch in der gleichen Nacht als Auftakt zur Festnahme von 1.500 kommunistischen Funktionären in Berlin und 10.000 im Reich nutzten.<sup>29</sup> Es folgte die Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933: Auch in Speyer wurden sämtliche Versammlungen und Kundgebungen der KPD verboten und das Parteibüro geschlossen.<sup>30</sup>

---

<sup>22</sup> Pfälzische Post. Nr. 31 vom 6.2.1933 („Aus den Bezirken“).

<sup>23</sup> NSZ Rheinfront. Nr. 39 vom 15.2.1933 („Aus Speyer“).

<sup>24</sup> Pfälzische Post. Nr. 40 vom 16.2.1933 („Eiserne Front Speyer marschiert“).

<sup>25</sup> Die Schalmeikapelle der Ultralinken war ursprünglich die des Speyerer Roten Frontkämpferbundes, die 1929 mit Julius Priefer zum ultralinken Leninbund übergegangen war.

<sup>26</sup> NSZ Rheinfront. Nr. 45 vom 22.2.1933 („Hakenkreuz über Speyer“).

<sup>27</sup> Pfälzische Post. Nr. 47 vom 24.2.1933 („Die Eiserne Front marschiert“).

<sup>28</sup> Hartmeyer, Eugen: „Die ersten Jahre der NS-Diktatur“. In: Die Pfälzische Sozialdemokratie. Beiträge zu ihrer Geschichte. Von den Anfängen bis 1948/49. Hg. von Manfred Geis/Gerhard Nestler. Landau 1999, S. 545-552, hier S. 547. Siehe auch den Beitrag von Karl Fücks in diesem Band.

<sup>29</sup> Weber, Hermann: Die Kommunisten. In: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Hg. von Erich Matthias/Hermann Weber. Mannheim 1984, S. 245-356, hier S. 258f. sowie Schönhoven, Klaus: Reformismus und Radikalismus. München 1989, 175f.

<sup>30</sup> Morweiser, Hermann: Vom antifaschistischen Widerstand in Speyer. Speyer 1983, S. 10.

Entsprechend war dann auch am 5. März 1933 das durch den SA-Terror erzwungene Ergebnis: Die NSDAP steigerte sich auf 5.182 Wählerstimmen, wohingegen die SPD auf 4.077 Wähler kam und die KPD auf 2.203. BVP/ Zentrum blieben mit 4.347 Stimmen nach wie vor stabil. Berücksichtigt man den Terror, dem gerade auch die Speyerer KPD vor allem in der letzten Woche des Wahlkampfes ausgesetzt gewesen war, zeigten deren Wähler eine erstaunliche Standfestigkeit. Der Kuseler Fritz Benedum wurde auch mit ihren Stimmen erneut in den Reichstag gewählt. Wie alle 81 am 5. März 1933 gewählten Abgeordneten der KPD konnten er den Reichstag nicht einmal mehr betreten, denn unter offenem Bruch der Verfassung waren die KPD-Abgeordneten mit der Billigung der faschistischen Regierung bereits festgenommen, verfolgt oder gar schon ermordet worden.<sup>31</sup>

So ist überraschend, dass die „Pfälzische Post“ das mit SA-Terror und KPD-Unterdrückung zustande gekommene Wahlergebnis vom 5. März 1933 mit „Votum des Volkes“ überschrieb<sup>32</sup> – um sich dann allerdings gleich in der nächsten Ausgabe vom Parteivorstand korrigieren zu lassen, der feststellte: „Diese Wahlen geben kein Bild des Volkswillens“ und schon die Parole ausgab: „Haltet der Partei die Treue.“<sup>33</sup> Hoffnung sollte sicher noch einmal die Kommentierung des eigentlichen Wahlergebnisses verbreiten, mit Schlagzeilen wie: „Die Sozialdemokratie unerschüttert!“ oder „Ein Ruhmestag der Partei.“<sup>34</sup> Tatsächlich hatte sich die SPD in Speyer wie in der Pfalz im Vergleich zum 6. November 1932 von 86.544 auf 98.404 Stimmen sogar leicht verbessert und das Reichstagsmandat für Friedrich Wilhelm Wagner gehalten. BVP/ Zentrum kamen auf stabile 22,9 Prozent. Mit 46,5 Prozent für die NSDAP war aber nun auch in der Pfalz der Damm gebrochen: Am 10. März 1933 startete der abschließende Showdown; auch in Speyer wehten um 12.00 Uhr auf allen öffentlichen Gebäuden die Hakenkreuzfahne.<sup>35</sup> Vorsorglich hatte man schon um 4:00 Uhr 33 kommunistische Funktionäre – „hauptsächlich (...) Zug- und Staffelführer des Antifa, des früheren Roten Frontkämpferbundes (RFB)“<sup>36</sup> – und neun Führer des zeitgleich verbotenen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Haft genommen;<sup>37</sup> jeweils verbunden mit Hausdurchsuchungen und

---

<sup>31</sup> Flechtheim, Ossip Kurt: Die KPD in der Weimarer Republik. 2. Auflage. Frankfurt am Main 1976, S. 287f.

<sup>32</sup> Pfälzische Post. Nr. 55 vom 6.3.1933 („Das Votum des Volkes“).

<sup>33</sup> Pfälzische Post. Nr. 56 vom 7.3.1933 („An die Partei“).

<sup>34</sup> Pfälzische Post. Nr. 57 vom 8.3.1933 („Der 5. März und seine Lehren“).

<sup>35</sup> Ohler (wie Anm. 21), S.381f.

<sup>36</sup> NSZ Rheinfront. Nr. 60 vom 12.3.1933 („Massenverhaftungen marxistischer Funktionäre“).

<sup>37</sup> Hartmeyer (wie Anm. 28), S. 554f.

der Beschlagnahme von zahlreiche Druckschriften<sup>38</sup> der Arbeiterbewegung. Lediglich die erhofften Waffenfunde waren nicht erfolgt. Die Betroffenen wurden zunächst zur Polizeiwache verbracht und dann in das bald durch zusätzliche Verhaftungen im „Landbezirk“ überfüllte Amtsgerichtsgefängnis Speyer überführt und deshalb anschließend z. T. in das Landauer Gefängnis „verschubt“.<sup>39</sup> Tatsächlich wurden am 10. März 1933 aber nicht nur die Führungsköpfe der Wehrorganisationen der Speyerer Arbeiterbewegung verhaftet, sondern die komplette politische Leitung des revolutionären Flügels, darunter auch die Stadträte Griebhaber und Priester. Das NS-Regime machte allerdings keinen Unterschied zwischen Stalinisten und Ultralinken. Deren jahrelanger Fraktionskampf erwies sich schlussendlich als selbstzerstörerisch.<sup>40</sup>

Trotz dieser deutlichen Warnsignale wurde die weitere Entwicklung auch von der Speyerer Arbeiterbewegung unterschätzt: Bereits 1932 hatten z. B. die Naturfreunde ihren nächsten Gautag für den 12. März 1933 in das Oppauer Naturfreundehaus im Pferchtal bei Wachenheim einberufen. Scheinbar sorglos machten sich auch fünf Speyerer Genossen<sup>41</sup> auf den Weg, um dann gemeinsam mit den anderen Delegierten der pfälzischen Ortsgruppen im Oppauer Naturfreundehaus verhaftet und unter Misshandlungen in das Konzentrationslager in Neustadt überführt zu werden.<sup>42</sup>

Nach den beschriebenen Verhaftungen wurden der Speyerer Arbeiterbewegung auch ihre Mandate geraubt: Am 20. März 1933 wurden alle elf Stadträte von SPD, KPD und Leninbund aufgefordert, ihre Sitze aufzugeben; drei SPD-Stadträten: Karl Brech, Theodor Gauweiler und Hans Kosion sowie Jakob Griebhaber und Julius Priefer wurde die Unterschrift in den Haftzellen im Amtsgerichtsgefängnis Speyer abgepresst.<sup>43</sup> Die einzige weibliche Abgeordnete im Stadtrat und SPD-Fraktionsvorsitzende, Marie Wolf, entzog sich dieser Drangsal durch Flucht.<sup>44</sup>

---

<sup>38</sup> Das KPD- und Rote-Hilfe-Mitglied Emil Kindler wurde im Anschluss für den Besitz von 59 Flugblättern mit der Aufschrift „Hitlers Weg zu seinen Leuten“ zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt, während der mit ihm Angeklagte Literaturobmann der KPD Willi Holdermann freigesprochen wurde. Morweiser (wie Anm. 30), S. 37.

<sup>39</sup> Ohler (wie Anm. 21), S. 381 f.

<sup>40</sup> Morweiser (wie Anm. 30), S. 32.

<sup>41</sup> [http://haeftlingsdatenbank.gedenkstaette-neustadt.de/?wohnotort%5B%5D=Speyer&wpv\\_aux\\_current\\_post\\_id=11&wpv\\_view\\_count=-TCPID11](http://haeftlingsdatenbank.gedenkstaette-neustadt.de/?wohnotort%5B%5D=Speyer&wpv_aux_current_post_id=11&wpv_view_count=-TCPID11) (18.2.2020).

<sup>42</sup> Denig, Hans: Die Blaue Blume oder zwischen Rot und Grün. Ludwigshafen 1995, S. 162f.

<sup>43</sup> Ohler (wie Anm. 21), S. 386.

<sup>44</sup> [https://www.speyer.de/sv\\_speyer/de/Leben%20in%20Speyer/Frauen/Historische%20Frauenspuren%20in%20Speyer/Wolf,%20Marie/](https://www.speyer.de/sv_speyer/de/Leben%20in%20Speyer/Frauen/Historische%20Frauenspuren%20in%20Speyer/Wolf,%20Marie/) (18.2.2020).

Die Entdemokratisierung fand ihre Fortsetzung in der Umbenennung der Friedrich-Ebert-Straße in Hellinger-Wiesmann-Straße am 3. April 1933.<sup>45</sup> Am 10. April 1933 wurden zudem 16 der Arbeiterbewegung nahstehende Vereine verboten, darunter der Geflügelzuchtverein „Edelzucht“, der Mieterverein und der Arbeiterschachclub.

Verbunden war dies mit zahlreichen Hausdurchsuchungen und der Beschlagnahme von Gegenständen der betroffenen Organisationen. Zeitgleich wurde in Landau die „Schutzhaft“ von Eugen Hartmeyer in Einzelhaft<sup>46</sup> umgewandelt, um von ihm Angaben über die Mitgliedschaft einzelner Polizeibeamter in der SPD sowie über Förderer der „Eisernen Front“ zu erpressen.<sup>47</sup>

Der neue Stadtrat wurde am 27. April 1933 einberufen. Der SPD wurden nur noch fünf Mandate zugebilligt, der KPD keine. Allerdings war den Stadträten der SPD eine tatsächliche Mitarbeit nicht möglich: Bereits bei der konstituierenden Sitzung des Stadtrates war sie massiven verbalen Angriffen durch „Stadtkommissar“ Karl Delobelle ausgesetzt, dem der SPD-Fraktionssprecher Georg Schuhmacher aber noch mutig konterte. Trotzdem erfolgte in dieser Sitzung auch von Seiten der SPD die Zustimmung zur Ehrenbürgerschaft für Reichspräsident Hindenburg, Reichskanzler Hitler und Ministerpräsident Siebert. Ab dem 1. Juni 1933 wurde den Sozialdemokraten dann eine Teilnahme an den Kommissions- und Stadtratssitzungen gänzlich unmöglich gemacht.<sup>48</sup> Bereits am 19. April 1933 hatten die freien Gewerkschaften zu einer Teilnahme an den offiziellen Staatsfeiern am 1. Mai 1933 aufgerufen: Auch in Speyer wurde dies von der Basis vielerorts mit kopfschüttelnder Resignation aufgenommen. Noch während sich in Speyer viele Gewerkschaftsmitglieder an den NS-Umzügen beteiligten, erfolgten zeitgleich zahlreiche Entlassungen von Angehörigen der Arbeiterbewegung aus der „Schutzhaft“, weil die Nationalsozialisten für ihre schon geplante Aktion gegen den AGDB am 2. Mai 1933 wieder freie Zellen benötigten.<sup>49</sup> Dass den Gewerkschaften Unbill drohte, machten die Nationalsozialisten bereits am Ende der 1. Mai-Kundgebung in Speyer deutlich, als sämtliche mitgeführten Gewerkschaftsfahnen beschlagnahmt wurden.<sup>50</sup> Schließlich wurden am 2. Mai 1933 in Speyer 18 Gewerkschaftsmitglieder, jeweils der

---

<sup>45</sup> Franz Hellinger und Ferdinand Wiesmann waren am Attentat auf Franz Josef Heinz 1924 beteiligt gewesen und von den Gefolgsleuten von Heinz dabei getötet worden.

<sup>46</sup> NSZ Rheinfront. Nr. 86 vom 11.4.1933 („Aus Speyer“).

<sup>47</sup> Hartmeyer (wie Anm. 28), S. 546.

<sup>48</sup> Ohler (wie Anm. 21), S. 387-393.

<sup>49</sup> Hartmeyer (wie Anm. 28), S. 546.

<sup>50</sup> Tekampe, Ludger: Geschichte und Symbolgehalt von Arbeiterfahnen. In: Fahnen der Arbeiterbewegung. Hg. von SPD-Unterbezirk Speyer. Speyer 1992, S. 8f.

erste und zweite Vorsitzende der Einzelgewerkschaften, mit dem offiziellen Verbot des AGDB verhaftet.<sup>51</sup>

Bereits am 15. Mai 1933 wurde auch Eugen Hartmeyer erneut inhaftiert. Er hatte gemeinsam mit Heinrich Ober am 10. Mai 1933 anlässlich einer Flaggenhissung am Regierungsgebäude dem in einem offenen Auto vorbeifahrenden Kommissar der Obersten SA-Führung bei der Regierung der Pfalz, Fritz Schwitzgebel, in ostentativer Form „Freiheit“ zugerufen und dabei in revolutionärer Symbolik die Faust erhoben.

Anschließend wurde er von Juli 1933 bis 10. Februar 1934 im KZ Dachau<sup>52</sup> festgehalten. Die Lücke schloss sein Bruder Jakob, der zeitgleich als Motorradkurier die Verbindung zum Grenzsekretariat der Auslands-SPD/ SoPaDe aufnahm. Tatsächlich war die SPD zwar zu diesem Zeitpunkt im Deutschen Reich zwar noch nicht verboten, die eigentliche Parteileitung lag aber bereits bei der SoPaDe in Prag.<sup>53</sup> Deshalb wurden am 30. Juni 1933 die verbliebenen SPD-Stadträte in Speyer verhaftet und am 6. Juli 1933 zur Rückgabe ihrer Stadtratsmandate genötigt.<sup>54</sup>

Ein unbestreitbarer Beleg für die SoPaDe-Kontakte der Speyerer SPD ist der 6. Mai 1934 – das sogenannte Asselstein-Treffen. Unter den führenden Planern dieser pfälzweiten sozialdemokratischen Zusammenkunft war auch Heinrich Ober aus Speyer. Ziel der Veranstaltung war: „Die Erfahrungen auszutauschen und die Arbeit im Sinne der SoPaDe auszurichten.“<sup>55</sup> Das Asselstein-Treffen provozierte die Gestapo im Sommer 1934 zu einem großen Schlag gegen den sozialdemokratischen Widerstand. Zu den Verhafteten zählte auch Heinrich Ober. Am 5. Februar 1935 stand er vor dem Obersten Landesgericht in München und wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt galten.<sup>56</sup>

Nach der Zerschlagung des pfälzischen SPD-Widerstandes mit ihren Anknüpfungspunkten in Speyer rückte die hiesige KPD wieder in den Fokus der Gestapo: Am 25. Februar 1935 wurden acht KPD-Mitglieder in Speyer wegen Fortführung der Organisation verhaftet; zahlreiche weitere Verhaftungen folgten.<sup>57</sup> Am 31. August 1935 begann vor dem 2.

---

<sup>51</sup> Speyerer Zeitung, Nr. 99 vom 3.5.1933 („Aktion gegen die Freien Gewerkschaften“).

<sup>52</sup> Zu den dort Inhaftierten zählte zwischen Oktober 1933 und März 1935 auch der Speyerer Kommunist und Arbeitersportler Hugo Gerloff.

<sup>53</sup> Hartmeyer (wie Anm. 28), S. 546-551.

<sup>54</sup> Morweiser (wie Anm. 30), S. 47.

<sup>55</sup> Schott, Friedrich: Der Asselstein. Symbol des illegalen Kampfes der SPD. In: Der Arme Konrad. Rheinland-Pfalz. Ludwigshafen/Mannheim 1950, S.90-91, hier S. 90.

<sup>56</sup> Kratz, Julia: Der illegale Kampf gegen die Hitler-Diktatur – Vom Asselstein bis zur Befreiung im März 1945. In: 80 Jahre Asselstein. Widerstand und Gedenken. Hg. von Klaus J. Becker. Ludwigshafen am Rhein 2014, S. 23-33.

<sup>57</sup> StALu, N 99, Nr. 47.

Strafsenat des Oberlandesgerichts München der Prozess: 28 Speyerer KPD-Mitglieder wurden nicht nur der Fortführung der KPD nach dem 28. Februar 1933 angeklagt, sondern auch des illegalen Wiederaufbaus des schon 1929 verbotenen RFB im Jahr 1932.

Zeitgleich wurde in Ludwigshafen mit Jakob Rummer der Instrukteur der pfälzischen Unterbezirksleitung für die KPD-Ortsgruppe Speyer verhaftet und am 13. Dezember 1935 per Nachtragsanklage in das Speyerer Verfahren vor dem OLG in München aufgenommen. Tatsächlich wurden am 31. Oktober 1935 dann nur acht Speyerer Kommunisten wegen Vorbereitung eines Hochverräterischen Unternehmens verurteilt. Das Strafmaß reichte von drei Jahren und acht Monaten Zuchthaus bis zu einem Jahr Gefängnis. Fast alle Verurteilten kamen nach Verbüßung ihrer Haft für kürzere oder längere Zeit ins KZ Dachau. Nach der Entlassung folgten weitere Schikanen wie etwa die tägliche Meldung bei der Polizei. Blockleiter und sonstige Beauftragte überwachten die Freigelassenen. Trotz der zahlreichen Freisprüche war damit die KPD nun auch in Speyer organisatorisch zerschlagen.<sup>58</sup>

Auch wenn SPD wie KPD durch die Prozesse vor dem OLG in München in ihren Zusammenhängen zerschlagen waren, blieben trotzdem über die persönliche Bekanntschaft Grundstrukturen erhalten. Dies war insbesondere der Meinungsaustausch unter vier Augen, das gemeinsame Abhören von Radio Moskau oder das Weiterreichen von Flugschriften, die nach wie vor Speyer erreichten. So wurde z.B. der Sozialdemokrat Adam H. aus Speyer wegen Weitergabe eines Exemplars der „Sozialistischen Aktion“ – ein Organ der SoPaDe – im Juli 1935 zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.<sup>59</sup> Dieser Widerstand auf kleiner Flamme führte auf der anderen Seite zu einer Fortsetzung der Pressionen durch das NS-Regime. So fand z. B. Heinrich Ober nach seiner Haftentlassung kein Beschäftigungsverhältnis mehr, während zeitgleich seine Wohnung wiederholt durchsucht wurde. Er entschied sich deshalb im Februar 1938 in die USA auszuwandern: „1938 verließ ich mein Vaterland, das für Männer wie mich kein Platz mehr hatte.“<sup>60</sup>

Der für den Bezug von Flugblättern notwendige Fortbestand der Verbindungen zu den Auslandsleitungen zu SPD und KPD wurde ebenfalls 1938 jäh unterbrochen. Zunächst wurde 21. März 1938 Jakob Hartmeyer in Speyer verhaftet und zur Gestapo in Neustadt

---

<sup>58</sup> StALu: N 99, Nr. 48, 49, 51 sowie Becker, Klaus J.: Anpassung, Innere Verweigerung, Offener Widerstand, Repression. Der Kommunistische Widerstand gegen die Nationalsozialistische Diktatur und dessen Zerschlagung in der Pfalz anhand neuzugänglicher Archivalien. In: MHVPF 108 (2010) S. 313-333, hier S. 324f.

<sup>59</sup> Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SoPaDe) 1934-1940. Zweiter Jahrgang 1935. Frankfurt am Main 1980, S. 825.

<sup>60</sup> Fücks, Karl: Arbeiterwiderstand gegen Hitler in Speyer. In: StALu, Y4 (Sammlung zum Widerstand in Speyer).

gebracht, da er als Kurier der SPD enttarnt war und nun unter Beobachtung stand.<sup>61</sup> Ein weiterer schwerer Schlag, diesmal gegen Schriftenschmuggel kommunistischer Widerständler gelang der Gestapo im Oktober 1938 mit einer Razzia auf verdächtigen Rheinkähnen. Aus einer Reihe von Prozessen wusste die Gestapo, dass diese zum Transport der Materialien sowohl aus Frankreich als auch aus den Niederlanden genutzt wurden. Unter den Verhafteten befanden sich auch die Gebrüder Steigleiter aus Speyer, die am 6. November 1940 wegen Landesverrat hingerichtet wurden.<sup>62</sup> Tatsächlich brachen mit dem Abschotten der Deutsch-Französischen Grenze nach dem 1. September 1939 die Verbindungen der Speyerer Arbeiterbewegung zu ihren Auslandsleitungen endgültig ab. Ab jetzt war man auf sich allein gestellt, beobachtete aber das Geschehen, insbesondere nach dem Überfall auf die Sowjetunion, kritisch weiter.

So gründete der Speyerer Sozialdemokrat Jakob Schultheis im September 1942 einen Spenderkreis („Speyer-Kameradschaft“) zur materiellen Unterstützung des inhaftierten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann sowie seiner Familie.<sup>63</sup> Der Gruppe um Jakob Schultheis schlossen sich nicht nur Mitglieder der KPD an, sondern sie stand auch im persönlichen Kontakt mit der Ehefrau und der Tochter Thälmanns. Am 16. April 1943 wurden Schultheis und weitere Mitglieder des Spenderkreises verhaftet. Am 15. Februar 1944 wurde Schultheis wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung“ zum Tode verurteilt; seine Mitangeklagten erhielten hohe Haftstrafen. Schultheis wurde noch am 19. März 1945 hingerichtet<sup>64</sup>. Zu den Endphase-Verbrechen gegen die Speyerer Arbeiterbewegung zählte auch die Erschießung des KPD-Mitglieds Karl Weimann am 29. Dezember 1944 wegen „Wehrkraftzersetzung“ in der Militärhaftanstalt Hannover.<sup>65</sup>

## **Fazit**

Die Nationalsozialisten boten nach dem 30. Januar 1933 in Speyer verbal der bürgerlichen Opposition, dem politischen Katholizismus und eingeschränkt auch Mitgliedern der Arbeiterbewegung eine Teilhabe am neuen Staat an.<sup>66</sup> Die tiefere Absicht der NSDAP war

---

<sup>61</sup> Morweiser (wie Anm. 30), S. 552.

<sup>62</sup> Ebd., S. 102-108. Siehe hierzu den Beitrag von Sabrina Albers in diesem Band.

<sup>63</sup> Siehe hierzu den Beitrag von Hannes Ziegler in diesem Band.

<sup>64</sup> Ebd. S. 146ff. sowie Grübel, Egon (Pseudonym: Thilo Gabelmann): Thälmann ist niemals gefallen? Berlin 1996, S. 175ff.

<sup>65</sup> Ebd., S. 52.

<sup>66</sup> Allerdings war der sprachliche Duktus der NSDAP in Speyer zunächst deutlich aggressiver gegenüber den Vertretern der Arbeiterbewegung als z. B. in ihrer Gauhauptstadt Neustadt an der Haardt. Erklärbar ist dies mit der vorangegangenen eigenen organisatorischen Schwäche gegenüber einer zwar gespaltenen, aber wesentlich besser organisierten politischen Linken. Vgl. hierzu die parallele Studie zur Aufarbeitung der Arbeiterbewegung in Neustadt zwischen 1933 und 1945: Becker, Klaus J.: Zerschlagung und Duldung der politischen Opposition in Neustadt während der NS-Diktatur – das Beispiel der Arbeiterbewegung.

gerade bei letzterem unverkennbar: Die sich selbst so bezeichnende Arbeiterpartei ohne jegliche Verwurzelung in der Arbeiterbewegung beabsichtigte mit der Gewinnung von klassenbewussten Arbeitern ein Mehr an Glaubwürdigkeit innerhalb des eigenen Weltbildes zu erreichen. Im Gegensatz zur liberalen, nationalliberalen und katholischen Opposition, die für eine Teilhabe zwar auf ihr humanistisches Weltbild verzichten musste, aber im Bereich der Kultur und zum Teil sogar des Vereinslebens eine gewisse Selbständigkeit bewahren konnte, sollte die Arbeiterbewegung zu einer vollständigen Selbstaufgabe gezwungen werden. Gefordert wurde eine Revision des eigenen Selbstverständnisses als Klasse, des eigenen darauf basierenden Kultur- und Freizeitverständnisses und der sich seit 1848 entwickelnden selbstbestimmten Lebensweise.

Die Nationalsozialisten forderten also nichts weniger als einen absoluten Identitätsverzicht einer vom eigenen Gestaltungswillen geprägten Gesellschaftsgruppe – wobei durch den Fortbestand der Klassengesellschaft die „NS-Volksgemeinschaft“ für die nach Klassenlosigkeit strebende Arbeiterbewegung kein Angebot sein konnte. Ein eigenes Volksgemeinschaftsmodell hatte die Arbeiterbewegung vor 1933 nicht – man schwankte lediglich zwischen der Diktatur des Proletariats und dem Wunsch an der demokratischen Teilhabe bei Ausbau der eigenen Sonderrolle gerade im Bildungs-, Wohlfahrts-, Kultur- und Freizeitbereich. Zudem hatte man schon einmal Erfahrungen mit einem nahezu vollständigen Organisationsverbot gemacht, weshalb das erneute zunächst ebenfalls als temporär und wie im Kaiserreich als nicht nachhaltig eingeschätzt wurde. Insbesondere die große Mehrheit des eigentlichen Führungskreises der Arbeiterbewegung war für das Konzept der „NS-Volksgemeinschaft“ also nicht zugänglich und versuchte deshalb noch bis 1935 eine Organisationsaufrechterhaltung in der Illegalität. Erst nach diesem Zeitpunkt zog man sich lokal wie auf der Reichsebene zwar in die Passivität zurück, blieb aber mit den politischen Weggefährten in Kontakt und hoffte weiter zuversichtlich auf die baldige Befreiung von außen. In dieser Hinsicht entspricht das Speyerer Arbeitermilieu der Gesamttendenz der deutschen Arbeiterbewegung.<sup>67</sup>

Wie dargelegt erfolgte eine Integration in die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ bis 1945 nicht – allerdings verlor durch zwölf Jahre Terror die Arbeiterbewegung auch im eigenen Milieu die Möglichkeit der Einflussnahme insbesondere auf eine ganze Generation junger Menschen, was nach 1945 nicht mehr ausgeglichen werden konnte; insbesondere da

---

Volksgemeinschaft in der Gauhauptstadt. Neustadt an der Weinstraße und der Nationalsozialismus. Hg. von Markus Raasch. Münster 2020, S. 243-259.

<sup>67</sup> Abendroth (wie Anm. 4), S. 109.

sich die interne Spaltung weiter vertiefte und der Stalinismus statt des Klassenkampfmodells nun ebenfalls eine Volksgemeinschaft im Rahmen der Volksdemokratie propagierte. So reflektierte Arno Klönne schon 1985 im Rückblick auf die Gesamtentwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland: „Sehr viel nachhaltiger, als zunächst angenommen, hatte die Zeit des Faschismus die Überlieferungen der Arbeiterbewegung zerstört, das Arbeitermilieu und Arbeiterbewusstsein gewandelt, die Klassenerfahrungen überfremdet“.<sup>68</sup>

---

<sup>68</sup> Klönne, Arno: Einer, der sagte, was andere nicht sagen wollten oder konnten. In: Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Bio-bibliographische Beiträge. Hg. von Friedrich-Martin Balzer/Hans Manfred Bock/Uli Schöler. Wiesbaden 2001, S. 173-177.